



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/209 - 10.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Zum deutsch-israelitischen Wiedergutmachungs-Abkommen	S. 1
Armee-Diktatur in Ägypten	S. 3
SPD und Privateigentum	S. 4
Leni Riefenstahl in schweizer Sicht	S. 6
FDJ versagte	S. 7

Die erste Rate auf eine Schuld

ae. Nach langen und oft peinlichen Unterbrechungen ist nun endlich das in Den Haag vereinbarte deutsch-israelitische Wiedergutmachungs-Abkommen vom Bundeskanzler und dem Kabinett unterzeichnet worden. Wir wollen hoffen, daß die Verabschiedung dieses Vertrages durch den Bundestag recht bald und ohne Dissonanzen erfolgen möge. Das sind wir uns selbst und der Welt schuldig.

Die materielle und moralische Wiedergutmachung der an den Juden begangenen Verbrechen geht alle an. Im geschändeten Namen des deutschen Volkes wurden an der Judenheit entsetzliche Greuelthaten begangen; sie an den wenigen Überlebenden dieser grauenvollen Jahre nach Menschenmöglichkeit zu sühnen, ist ein Akt der Selbstreinigung, der weit über den Rahmen einer rein moralischen Verpflichtung hinausgeht. Die Aussöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn wird erst dann gelungen und vollkommen sein, wenn es den überzeugenden Beweis gebracht hat, daß es willens ist, die Sünden des Dritten Reiches wieder gut zu machen. Dazu gehört die Aussöhnung mit dem jüdischen Volke. Das kann freilich nicht von heute auf morgen geschehen.

Der Anfang ist jedoch gemacht. Es lag an uns Deutschen, hier den ersten Schritt zu tun. Als der Bundestag seinerzeit aufgrund sozialdemokratischen Drängens einmütig die erste

Initiative ergriff, vermochte niemand die psychologischen und materiellen Schwierigkeiten zu übersehen, die sich einer Verwirklichung der Wiedergutmachung entgegenstellten. Zur Ehre aller gutwilligen und gutgesinnten Menschen in der Bundesrepublik sei es gesagt, daß sie nicht locker ließen und immer wieder die Bundesregierung in dieser Frage vorantrieben.

Nie befand sich ein Kurt Schumacher in größerer Übereinstimmung mit allen, denen die Erneuerung unseres Volkes von innen her am Herzen liegt, als er sein Wort für die berechtigten Ansprüche Israels und der jüdischen Welt-Organisation erhob. Er und die von ihm geführte SPD waren es auch, die durch ihr stetiges Mahnen, die Verhandlungen in Den Haag nicht mit den Londoner Schuldenverhandlungen zu koppeln, den entscheidenden Anstoß für das nun vereinbarte Abkommen gaben. Niemand hat es mehr als die Sozialdemokratie und mit ihr alle Menschen, bei denen Moral ein unverzichtbarer Bestandteil der Politik ist, bedauert, daß trotz allem guten Willen auch des Bundeskanzlers die Anerkennung des jüdischen Rechts auf moralische und sachliche Wiedergutmachung nur langsam in Bewegung geriet.

Moralische Schuld läßt sich jedoch nicht durch Milliardenbeträge allein abzahlen. Der Wert des Menschenlebens ist in Ziffern nicht ausdrückbar. Sechs Millionen vergaste Juden können nicht mehr zum Leben erweckt werden. Mit dem Abschluß eines finanztechnischen Vertrages ist die Verpflichtung nicht erloschen, künftig auf deutscher Seite alles zu tun, um eine Wiederkehr der Barbarei auf deutschem Boden zu vermeiden. Noch glimmt im deutschen Volk das Gift des Antisemitismus, noch immer gibt es Unbelehrbare. Sie aus dem öffentlichen Leben auszuschalten gehört zu der Erneuerung Deutschlands. Als Aufgabe bleibt die Bekämpfung und Vernichtung aller Bewegungen, deren Bekenntnis zur Diktatur einschließlich ihrer Exzesse sie ungeeignet macht, der Menschheit und dem deutschen Volk zu dienen. Dieser Beitrag zu wirklicher Versöhnung kann freilich nicht Gegenstand von Abkommen und Verträgen sein; er ist eine Verpflichtung, die aus dem Herzen kommen muß.

+ + +

Das Richtschwert Nagibs

-f- Auch die Kairoer Vorgänge vom vergangenen Wochenende bestätigen nur scheinbar die These, daß der Mann des Staatsstreiches vom 23. Juli, der General Nagib, von Anfang an daran gedacht habe, selbst die politische Macht auszuüben, die er nun durch den Rücktritt des Premiers Ali Maher übernehmen muß. Das hat nicht in der Absicht Nagibs gelegen.

Der General hatte und hat eine klare Vorstellung von dem, was er will, aber er hat sehr genau gewußt, daß ihm für die politische Verwirklichung seiner Ideen jede Erfahrung fehlt. Sein Ziel ist im Grunde sehr einfach: Ein sauberes, starkes Ägypten, das unter den Ländern des Vorderen Orients die Rolle zu spielen vermag, die ihm durch den Vorsprung seiner materiellen Zivilisation, durch seine strategische Lage und durch sein Ansehen in der nahöstlichen Welt zukommt.

Die Grundzüge des Programms lagen auf der Hand: Die Ausschaltung des Hofes als des Zentrums der Korruption und als Zitadelle der Macht, die Säuberung der Parteien von ihrer korrupten Führerschaft, die Erlösung der Massen aus ihrem Elend, die Beschneidung der Rechte der miteinander durch übelste Geschäfte verfilzten Clique der Paschas. Die Voraussetzung für die Erfüllung dieses ehrgeizigen Programms hat die Armee durch die Lahmlegung des Hofes und dann durch die Entthronung Faruks geschaffen. Alles weitere sollte Ali Maher überlassen werden, dem einzigen unter den bedeutenden Politikern des Landes, der zur Übernahme einer so schweren Aufgabe bereit und fähig war. Die Armee sollte und wollte im Hintergrund bleiben als der Schützer und Wächter.

Es hat sich erwartungsgemäß schnell gezeigt, daß nicht sozusagen über Nacht eine Verwandlung Ägyptens möglich war. Das rasche Gelingen des Staatsstreiches der Armee hat Nagib wahrscheinlich zu dem Gedanken verführt, auch die soziale Umwälzung, die er vorhatte, müsse in ähnlich raschen Schlägen möglich sein. Dem hat Maher aus seiner großen Erfahrung mit den bisherigen politischen Parteien, vor allem mit der Wafd, widersprochen. Er hat das Tempo, nicht das Ziel für

10. September 1952

falsch gehalten. Da der General nicht nachließ, ihn zu drängen, ist der Premier zurückgetreten. Es ist unwahrscheinlich, daß dem General der Rücktritt gelegen kommt, noch unwahrscheinlicher, daß er sich für die ägyptische Revolution als vorteilhaft erweisen wird.

Es ist völlig offen, welchen Verlauf die Entwicklung nehmen wird. Nagib, der nun die militärische und die politische Macht in einer Hand vereint, hat das gefährliche Wort gesprochen, daß die Armee das Richtschwert sein werde. Politik mit dem Schwert ist eine höchst fragwürdige Sache. Für die Bekämpfung der Korruption, die gewiß der Krebschaden Ägyptens ist, hätte das gültige Recht durchaus genügt, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten, neues Recht auf legalen Weg zu schaffen. Ali Maher hätte vor der Welt die Gewähr geboten, daß der Diktatur des Königs nicht die offene Diktatur der Armee folgen werde. Er ist zurückgetreten, weil er nicht daran dachte, gegen seine bessere Einsicht zu handeln. Wenn die Armee ihm nicht länger Bewegungsfreiheit zubilligen wollte, sollte sie selbst auch nach außen die Verantwortung übernehmen. Man wird voraussichtlich sehr bald sehen, ob Nagib oder Maher recht behalten wird.

+ + +

SPD bejaht Privateigentum

Ein aufschlußreicher Briefwechsel

Der Verband Schleswig-Holsteinischer Haus- und Grundeigentümervereine e.V. hat an den Bezirksvorsitzenden der SPD in Schleswig-Holstein, Herrn Oberbürgermeister Gayk, Kiel, geschrieben und um Klarstellung der Frage "SPD und Privateigentum" gebeten. Der Schriftwechsel hat folgenden Inhalt:

Verband Schleswig-Holsteinischer
Haus- und Grundeigentümervereine e.V.
Einschreiben!

An den Bezirksvorsitzenden des Bezirksverbandes Schleswig-Holstein
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Herrn Oberbürgermeister Gayk
Kiel, Legienstraße 22.

(24b) Kiel, den 2. Aug. 1952
Sophienblatt 3

Sehr geehrter Herr Gayk !

Ich habe mit sehr großem Interesse den Entwurf eines Aktionsprogramms der SPD gelesen.

Im Kapitel Landwirtschaft und Ernährung wird das Privateigentum am Grund und Boden für diejenigen Menschen ausdrücklich anerkannt,

die mit ihrer und ihrer Familie Arbeitskraft den entscheidenden Anteil an der zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes notwendigen Arbeit leisten.

Von der Anerkennung des Privateigentums im städtischen Haus- und Grundeigentum wird im Aktionsprogramm der SPD mit keinem Wort gesprochen.

Die von der zuständigen Bundesbehörde in Bonn bekanntgegebenen Berufsgruppen im städtischen Haus- und Grundeigentum, die anlässlich der letzten Volkszählung festgestellt sind, weisen klar aus, daß die Hausbesitzer schlechthin in der ganzen Bundeszone in ihrer Mehrheit sogenannte kleine Leute sind, bei denen man im allgemeinen Hauseigentum nicht vorausgesetzt hat. Allein über 70000 Handarbeiter sind Hausbesitzer. Eine sehr große Zahl der Hausbesitzer sind Rentner, Handwerkergehilfen, und dann kommt der nicht unerheblich große Teil von Hausbesitzern, die als Mittelständler bezeichnet werden können.

Von dieser großen Masse der Haus- und Grundeigentümer hat die Mehrheit ihr Haus- und Grundeigentum im Laufe eines arbeitsreichen Lebens unter Verzicht und Entbehrungen erspart und ererbt.

Ich möchte nun gern wissen, ob im Aktionsprogramm der SPD aus Versehen die Anerkennung des Privateigentums am Grund und Boden im städtischen Hausbesitz unterblieben ist oder ob die SPD es ablehnt, diesem Privateigentum Schutz und Förderung angedeihen zu lassen. Ich bitte recht bald um Stellungnahme, da ich die Absicht habe, diese sowie diesen Brief in der Norddeutschen Hausbesitzer-Zeitung zu veröffentlichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr
Hartmann
Verbandsdirektor

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirk Schleswig-Holstein

An den Verbandsdirektor des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Haus- und Grundeigentümergeverne e.V., Herrn Hartmann,
Kiel, Sophienblatt 3

Ki/Br.

14. August 1952

Betr.: Ihr Schreiben vom 2. August 1952 - Ha/Bi.

Sehr geehrter Herr Hartmann!

Das Privateigentum im städtischen Haus- und Grundeigentum wird von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bejaht. Diese Erklärung erfolgt, nachdem auch der geschäftsführende Vorstand unserer Gesamtpartei sich im gleichen Sinne zu dieser Frage geäußert hat.

Es ist richtig, daß dieses Privateigentum im Aktionsprogramm unserer Partei nicht erwähnt ist. Es sind aber sehr viele andere Dinge dieser Art nicht erwähnt, einfach weil man einen vollständigen Katalog dessen, was nicht in Allgemeinbesitz übergehen soll, nicht aufstellen kann.

Wir haben uns deshalb entschlossen, im Aktionsprogramm das aufzuführen, was sozialisiert und in den Besitz der Allgemeinheit gebracht werden soll. An das und an nicht mehr ist gedacht. Aus der Tatsache, daß dabei Haus- und Grundeigentum nicht erwähnt wird, ist klar ersichtlich, daß wir dieses Privateigentum nicht angreifen wollen.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen Ihre Anfrage vom 2.8.52 beantwortet zu haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr
gez. Gayk

+ + +

"Riefen-stahl rostfrei"

Über Leni Riefenstahl, deren Come back herzlich vorbereitet wird, schreibt die Schweizer satirische Wochenschrift "Nebelspalter" ein paar ebenso saftige wie treffende Worte unter der Überschrift "Riefen-stahl rostfrei":

Nach sieben Jahren hat auch sie sich erdauert, was anderen schon viel früher gelungen war; die braune Leni nämlich, die am olympischen Geläut zu erkennen war. Sie wurde kürzlich in aller Form gebleicht. Als "kleine Mitläuferin" darf sie ihre luxuriöse Villa in Berlin wieder bewohnen, darf "drehen" und jedem, der es wagen sollte, in ihrer bewegten tausendjährigen Vergangenheit herumzustöbern, einen Strick daraus drehen.

Sie fand zwar zugegebenermaßen den "Führer" amüsant, bestreitet aber ausdrücklich, seine Meinung oder sonst irgendetwas je mit ihm geteilt zu haben. Nun existiert aber irgendwo ein sehr kompromittierendes Photo, Leni in großer Wehrmächts-Phantasie-Uniform zeigend, wie sie im September 1939 im polnischen Dorfe Konsky einem Juden-Massaker zuschaut. 30 Männer, Frauen und Kinder wurden dort erschossen, nachdem sie ihr eigenes Grab während Stunden mit den bloßen Händen hatten graben müssen. Vor Gericht bestritt die Riefenstahl die Echtheit des Bildes keineswegs, "aber", fügte sie entschuldigend hinzu, "ich beklagte mich beim General von Reichenau, der diesen Sektor unter sich hatte und verlangte, nach Hause gelassen zu werden".

"Kleine Mitläuferin", so nennt man also eine Frau, die in Uniform zuschaut, wie Menschen, Mütter vor ihren Augen auf bestialische Weise hingemordet werden ! Mit dem armen, auf dem Gletscher zurückgelassenen Seehund Otto fing es an, mit den erschossenen Juden von Konsky ging es weiter, und endete wo ? - als überraschendes happy-end für die Entnazifizierte, in der Berliner Villa der Hitler-Olympiade-Leni. Ein geeigneter Stoff für einen schlechten deutschen Film !

+ + +

Nachrichten aus der SowjetzoneDas Ostbüro der SPD teilt mit:FDJ versagte

Aus einem Rechenschaftsbericht des ehemaligen Landesverbandes Sachsen der FDJ von Anfang August geht hervor, daß die FDJ bei Verwirklichung der Beschlüsse des Leipziger Jugendparlamentes völlig versagt habe. Von 7600 Grundeinheiten der FDJ im ehemaligen Lande Sachsen hätten erst 2000 zu den Beschlüssen Stellung genommen. Von 6800 FDJ-Gruppen in den volkseigenen sächsischen Großbetrieben hätten sich noch nicht einmal 2000 mit den in Leipzig gestellten Aufgaben befaßt. "Man fragt", heißt es in dem Bericht wörtlich, "wie sollen bei diesen Tatsachen die Jugendlichen mit Kampfgeist erfüllt werden, der notwendig ist, um die Jugendlichen zu begeisterten Erbauern des Sozialismus und zu ebenso begeisterten Verteidigern dieses großen Aufbauwerkes zu machen?"

Der in den bisherigen Ländern gebildete zentrale Ordnerverband, der einen milizähnlichen Charakter hat und der Koordinierung der Schießausbildung in den Betrieben dient, untersteht nur der Form nach der FDJ. Der zentrale Ordnerverband ist in seinem Aufbau, seinen Anweisungen und seiner Arbeit nach als ein Bestandteil der Volkspolizei anzusehen. An der Spitze dieser Einrichtung im bisherigen Landesmaßstab stand ein Brigadekommandeur, dem neun Kommissare und 50 Unterkommissare für die Ortskommandos zur Verfügung standen. Diese Funktionäre sind in dreiwöchigen Lehrgängen bei der Volkspolizei in Sonderkursen ausgebildet worden. Im Zuge der Schaffung von FDJ-Bezirksorganisationen ist auch der Zentrale Ordnerverband bezirklich neu geordnet worden.

+

Uranschürfungen beschleunigt

In den Vororten von Dresden, Plauen, Koschütz, Cunnersdorf und Gittersee werden die seit geraumer Zeit begonnenen Uranschürfungen mit allen Mitteln beschleunigt. Auch im Dresdener Großen Garten werden bereits Bohrungen vorgenommen. Bei Koschütz werden die Halden mit Benzin übergossen und angesteckt, um die im Abraum befindliche Kohle zu verbrennen. Die Bevölkerung dieses Ortsteiles ist infolge der ständigen Rauchschwaden gezwungen, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Bei Gittersee ist eine große Uranwäscherei im Aufbau. Das Wasser für die Wäscherei wird von der Elbe beim Winterhafen in Friedrichstadt abgeleitet und durch eine neue Leitung nach Gittersee abgepumpt. Die Abwässer gehen in die Weisseritz. Die Uranwäscherei soll in Rekordzeit erstehen und wird mit allen den Sowjets zu Gebote stehenden Mitteln betrieben.

+

Verantwortlich: Peter Raunau